

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2009

Europa

Deutschland

I (3979) **Hannover**. Nach der katholischen musste auch die evangelische 2008 deutlich mehr Kirchengaustritte hinnehmen, nämlich rund 169.000 nach 131.000 im Vorjahr. Auch hier stellt der Anstieg nur eine Normalisierung nach dem Tief der Jahre 2004 bis 2006 dar.

Und auch hier liegt Bayern immer deutlicher über dem Durchschnitt: Während bundesweit der Höchststand der Austritte von 1992 (361.000) deutlich verfehlt wurde, traten in Bayern erstmals über 20.000 Protestanten aus. Vor den 108 Synodalen sprach Landesbischof Friedrich von einem Finanzloch, das aber mit den Überschüssen der beiden Vorjahre zu stopfen sei. Er bezeichnete den Anstieg der Austrittszahlen als "alarmierend". Bis Oktober seien bereits über 16.000 Menschen aus der Landeskirche ausgetreten. Das lasse für 2009 einen "traurigen Rekord" befürchten. Im letzten Jahr verließen 20 383 Menschen die Kirche, im Jahr 2007 waren es nur 15 348.

Finanzielle Gründe wie die Kirchensteuer seien nur der Auslöser für den Austritt, aber nicht die eigentliche Ursache, sagte der bayerische Landesbischof. Meist gehe einem solchen Schritt eine "längere Phase der Entfremdung" von der Kirche voraus. (Meldung der Evangelischen Landeskirche Bayern, 22.11.09)

I (3980) **Berlin**. Der neue Kirchen- und Religionsbeauftragte der FDP-Bundestagsfraktion, Stefan Ruppert, hat sich für das bestehende Modell der Kirchensteuer ausgesprochen. Im Interview mit einem Kirchensender wies er Forderungen – auch aus seiner eigenen Partei – die Kirchensteuer abzuschaffen, klar zurück. Wörtlich sagte Ruppert: „Ich bin ein Anhänger der Kirchensteuer, auch in der bestehenden Form und insofern wird es keine Initiativen in dieser Legislaturperiode geben, das zu ändern.“ Der Religionsbeauftragte bestätigte gleichzeitig ein neues Verhältnis der FDP zur Kirche. Es habe Zeiten gegeben, da haben die Liberalen für eine Abschaffung des Religionsunterrichts gestanden. Inzwischen aber hätten die Freien Demokraten erkannt, „dass ein Staat ohne Werteorientierung (...) und Glauben nicht gut existieren kann.“ Kurz zuvor berichtete der Spiegel, dass es in der FDP-Bundestagsfraktion sogar eine fast fundamentalistisch auftretende Gruppe junger, meist evangelikaler Christen gibt, die der CDU/CSU durch besondere Frömmigkeit und Kirchentreue Wähler abjagen will. (domradio Köln, 4.12.09)

I (3981) **Monheim**. Nur weil zwei Lokalpolitiker von Bündnis 90/Die Grünen protestierten, konnte eine im Ratssaal der Stadt Monheim bei Düsseldorf geplante Andacht nicht stattfinden.

Die katholische und evangelische Kirche hatten ursprünglich für den 3. Dezember alle Mitglieder des Stadtrats im Vorfeld einer Sitzung zu einer ökumenischen Andacht eingeladen. Nach Ansicht des katholischen Ratsmitglieds Norbert Stapper (Bündnis 90/Die Grünen) verstößt dies aber „gegen die Pflicht des Staates zu religiöser Neutralität“. Auch dessen Parteikollegin Katharina Hannemann hatte Kritik an der Veranstaltung geübt. Am 18. November teilten nun der evangelische Pfarrer Falk Breuer und dessen katholischer Amtskollege Burkhard Hoffmann mit, statt der

Andacht einen ökumenischen Gottesdienst in der nahe gelegenen Altstadtkirche anzubieten. Man habe nach der Einladung zu der Andacht bei einigen Reaktionen das Gefühl gehabt, „nicht eingeladen, sondern einen Fehdehandschuh hingeworfen zu haben“. Da dies nicht mit dem gottesdienstlichen Grundgedanken der Versöhnung vereinbar sei, habe man sich für diese Verlegung entschlossen. Nach Angaben der Pfarrer werden in dem Gottesdienst auch Muslime mitwirken, indem sie ein Gebet sprechen, das auf Deutsch übersetzt wird. Zuvor hatte die CDU in einem Offenen Brief an die beiden Grünen-Politiker ihr Unverständnis zum Ausdruck gebracht. Die Idee einer ökumenischen Andacht im Ratssaal halte man für „sehr gelungen“. Wie es in der Stellungnahme der Pfarrer heißt, habe durch diese Reaktion die Auseinandersetzung eine parteipolitische Dimension erfahren, die man nicht gewollt habe. Nun hoffe man, einen Gottesdienst zu ermöglichen, der diesen Namen verdient. Der konfessionslose Bürgermeister Daniel Zimmermann (Jugendpartei PETO) hatte die Initiative der beiden Kirchen begrüßt. (*idea*, 21.11.09)
Anm. *MIZ*-Red.: Aus diesem Beispiel ersieht man, dass mitunter auch kirchenangehörige Politiker einen feinen Sinn für weltanschauliche Unparteilichkeit des Staates haben während diese manchen Konfessionslosen abgeht, wenn sie nur des Geldes wegen austreten oder sich mit weltanschaulichen Grundfragen nie befassen haben.

I (3982) **Berlin**. Der deutsche Ethikrat hat sich mit deutlicher Mehrheit für ein Ende von Babyklappen und anonymen Geburten ausgesprochen. Beide seien ethisch und rechtlich sehr problematisch. Bisherige Erfahrungen zeigten, dass diese Angebote Frauen in Not kaum erreichten. Außerdem hätten Kinder ein Recht, die Identität ihrer Eltern zu erfahren. In einem Sondervotum sprechen sich nur sechs der 26 Mitglieder für eine Fortsetzung der Angebote aus, darunter Augsburger katholische Weihbischof Losinger, der katholische Moraltheologe Schockenhoff und der evangelische Mediziner Nagel, der auch Präsident des Ökumenischen Kirchentages 2010 ist. Die seit rund zehn Jahren in Deutschland praktizierte anonyme Kindabgabe soll verhindern, dass Frauen Neugeborene töten oder aussetzen. Bundesweit gibt es nach Angaben des Ethikrats rund 80 Babyklappen; zudem böten etwa 130 Kliniken anonyme Geburten an. Seit Jahren gibt es eine Auseinandersetzung über den Sinn von Babyklappen, den nicht einmal alle kirchlich orientierte Vertreter des Gremiums anerkennen. Anders als Losinger begrüßt der *Sozialdienst katholischer Frauen* (SKF) die Stellungnahme aus Berlin. (Pressemitteilung des deutschen Ethikrates, 26.11.09)

Außer einigen Kirchenvertretern im Ethikrat kritisierten auch religiöse oder lebensschützerische Politikerinnen von SPD und Grünen die Empfehlung. Die betont katholische SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles hält sie für „rigoros und lebensfern“: „Jedes Kind, das durch eine Babyklappe gerettet oder vor Schaden bewahrt wird, ist ein Argument gegen die Entscheidung des Ethikrates.“ Ähnlich äußerte sich Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag: „Das Recht des Kindes auf sein Leben steht über allem anderen.“ Petra Sitte, Sprecherin der Linken, hält das Votum für mutig und Dorothee Bär (CSU) will zuerst eine Studie abwarten, ob Babyklappen überhaupt Leben retten. (*Frankfurter Sonntagszeitung*, 28.11.09)

I (3983) **Freiburg**. Die katholischen Bistümer in Deutschland müssen auf absehbare Zeit mit immer weniger eigenen Neupriestern auskommen. 2009 sank die Gesamtzahl der Priesteramtskandidaten in den Diözesen auf den neuen Tiefstand von 842; vor zehn Jahren waren es noch 1.122. Die Zahl der Neueintritte sank mit 161 ebenfalls unter das bisher niedrigste Niveau, das 2004 erreicht worden war.

Diese „ernüchternden Daten“, so ein Konferenzsprecher, lägen in einem seit mehreren Jahren zu beobachtenden Trend, der parallel zur Entwicklung bei den Gottesdienstbesuchern und kirchlichen Eheschließungen verlaufe. (KNA, 26.11.09)
Anm. MIZ-Red.: Aufgrund des jährlichen Rückgangs der Katholikenzahl braucht die Kirche allerdings (bei gleichbleibendem Standard) jedes Jahr 100 Priester weniger. Dennoch können auch die Konfessionsfreien etwas gegen die Überlastung der künftig immer weniger werdenden Priester tun. Nachdem in der katholischen Kirche mindestens ein Viertel der Mitglieder religionsfern ist, könnten hier gezielte Kirchaustrittsinitiativen (speziell durch Flugblattverteilung in Studentenwohnheimen, wo mit geringem Aufwand eine hohe Trefferquote zu erzielen ist) schon abhelfen.

I (3984) **Recklinghausen**. Als große Gefahr für die Demokratie sehen Experten die evangelikale Bewegung, wie auf dem „Journalistentag NRW“ des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) deutlich wurde.

Die Journalisten Oda Lambrecht und Christian Baars (beide Hamburg) berichteten über ihre Recherchen für ihr Buch „Mission Gottesreich“. Darin werden Evangelikale als Gefahr für Kirchen und Demokratie bezeichnet. Baars bezeichnete es bei der Veranstaltung als problematisch, dass die diakonische Arbeit von Evangelikalen angesichts der hohen Staatsmittel nicht wertneutral geschehe. So werde etwa die Hilfe für Drogenabhängige mit Missionierung verbunden. Insbesondere bei Einsätzen im Ausland sorgten missionarisch-diakonische Aktivitäten mitunter für Unruhen. In manchen evangelikalen Gemeinden könne es zudem zu Diskriminierungen kommen, wenn man nicht die Linie der Christen vertrete. Viele Menschen hätten dadurch psychische Probleme bekommen. Aus Sicht der beiden Journalisten sind Evangelikale Fundamentalisten, die aber im Unterschied zu islamischen Fundamentalisten nicht gewalttätig seien.

Als Grund dafür, warum sich Menschen dieser Bewegung anschließen, nannte Baars den Umgang in den Gemeinden. Dort werde man ähnlich wie bei Scientology u.a. zunächst „sehr warmherzig aufgenommen“. Das gebe offenbar großen Halt.

Evangelikale feierten emotionale Gottesdienste, oft verbunden mit Popmusik. Nach Ansicht von Lambrecht wird die evangelikale Bewegung in nächster Zeit „ein sehr großes Thema“ werden. Schließlich seien diese Kreise auch in den Landeskirchen sehr viel mehr engagiert als liberale Christen. Laut Lambrecht war es bei der Arbeit an ihrem Buch sehr schwierig, bei der EKD Ansprechpartner zu finden, die sich zur evangelikalen Bewegung äußern wollten. Die meisten lehnten zwar die Werte dieser Bewegung ab, wollten aber nicht öffentlich dazu Stellung beziehen.

Die beiden Autoren berichteten auch über die Reaktionen auf ihr Buch. Die evangelikalen Medien hätten sehr intensiv darüber berichtet. Dadurch sei es schwierig geworden, bei evangelikalen Dachverbänden Interviews zu bekommen. Laut Lambrecht wurden sie und Baars von Kritikern in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt. Auf ihre Radio- und Fernsehbeiträge haben die beiden Autoren nach eigenen Angaben so viel Post bekommen wie sonst bei keinem anderen Thema. Wie Baars sagte, beobachten er und Lambrecht die evangelikale Szene weiterhin, betrieben derzeit aber keine intensive Recherche. (idea, 30.11.09)

I (3985) **Berlin**. Nach Ansicht des Berliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit hat das Bundesverfassungsgericht bei seiner Entscheidung zu verkaufsoffenen Adventsontagen die Kirchen bevorzugt.

„Wenn man das konsequent durchziehen würde, muss man sich fragen, ob auch andere Religionen in ihrer Freiheit geschützt sind, die andere Feiertage haben“,

sagte der SPD-Politiker nach der Verkündung des Urteils am 1. Dezember in Karlsruhe. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und das katholische Erzbistum Berlin hatten gegen das Berliner Ladenöffnungs-Gesetz aus dem Jahr 2006 geklagt. Es erlaubt zehn verkaufsoffene Sonntage, darunter an allen vier Adventssonntagen. Die Karlsruher Richter gaben den Klägern Recht und bezeichneten diese Regelung als teilweise verfassungswidrig. Wowereit hält auch künftig zwei verkaufsoffene Adventssonntage für möglich. Das Gericht habe nur verlangt, dass nicht vier aufeinander folgende Sonntage betroffen seien.

Ansonsten reagierten die verschiedenen Verbände je nach ihren Interessen. Die FDP befürchtet eine Verschlechterung für den Weihnachtsverkauf. Die Kirchen und die CDU/CSU begrüßen das Urteil der religiösen Bedeutung des Sonntags, die Gewerkschaften und die Linke wegen den familienfreundlichen Konsequenzen. (*Süddeutsche Zeitung*, 1.12.09; *idea*, 2.12.09)

Anm. MIZ-Red.: Herr Wowereit hat Recht und Unrecht. Dass das Bundesverfassungsgericht die Kirchen bevorzugt, ist nichts Neues. Dies gilt allgemein, wie an vielen Beispielen zu belegen ist. Aber in diesem Fall hatte das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich nicht die religiösen Belange vorangestellt, sondern die sozialen. Außerdem ist das höchste deutsche Gericht insoweit nicht schlimmer als Herrn Wowereits eigene Partei. Und da könnte er genug ändern – auch zum Vorteil der SPD selbst.

Großbritannien

I (3986) **London.** Für englische Grundschüler steht ab 2011 Evolution als Pflichtfach auf dem Lehrplan, wie der zuständige Staatsminister Vernon Coaker mitteilte. Bisher ist dies bereits in weiterführenden Schulen der Fall. Wie die Rundfunkanstalt BBC (London) berichtet, haben Naturwissenschaftler und säkulare Verbände darauf gedrängt, Evolution zum Pflichtfach zu machen. Die Britische Humanistische Vereinigung (BHA) hatte dazu einen von mehr als 500 Personen unterschriebenen Offenen Brief an die Regierung gerichtet. Wie Andrew Copson von der BHA dazu erklärte, lege der Evolutionsunterricht die Grundlage für ein besseres Verständnis der Naturwissenschaften. Außerdem müssten staatliche Einrichtungen der Bedrohung durch kreationistische und andere pseudowissenschaftliche Vorstellungen wehren. (*BBC*, 23.11.09)

I (3987) **London.** Mit einem drastischen Pfarrermangel aus finanziellen Gründen rechnet die anglikanische Kirche von England. In den kommenden fünf Jahren wird sie jeden zehnten angestellten Geistlichen verlieren; ihre Stellen sollen Ehrenamtliche füllen.

Verantwortlich ist die Finanzkrise: Die Kirche hat die Mittel ihres in den neunziger Jahren eingerichteten Pensionsfonds in Aktien angelegt, die durch die Krise stark an Wert verloren haben. Auch sitzt in England, wo es keine Kirchensteuer gibt, das Kollektengeld bei den Kirchgängern nicht mehr so locker. Zudem gehen die Zahlen der Gottesdienstbesucher zurück. Wie die Londoner Zeitung Times berichtet, wird die Zahl der bezahlten Pfarrer von derzeit 8.400 in den kommenden vier Jahren um 8,3 Prozent auf 7.700 sinken. Wenn dieser Trend unvermindert anhielte, gäbe es in etwas mehr als 50 Jahren überhaupt keine angestellten Geistlichen in den 13.000 Kirchengemeinden mehr. Als eine Gegenmaßnahme habe der erzbischöfliche Rat beschlossen, das Pensionsalter auf 68 Jahre anzuheben. Der kirchliche Pensionsplan weise derzeit eine Unterdeckung von umgerechnet fast 900 Millionen

Euro auf, fast doppelt soviel wie der derzeitige Marktwert des angelegten Vermögens von 508 Millionen Euro. Der Times zufolge besuchen durchschnittlich etwa eine Million Menschen die Gottesdienste der Kirche von England. Bis zum Jahr 2050 könnte diese Zahl unter 100.000 sinken, fürchten Experten. (*idea*, 30.11.09)

Irland

I (3988) **Dublin**. 30 Jahre lang hat die irische Erzdiözese Dublin Missbrauchsfälle von Priestern an Kindern systematisch vertuscht. Zu diesem Urteil kommt ein Bericht der Republik Irland, der die Missbrauchsfälle und den Umgang mit ihnen untersucht hat. Er wurde an diesem Donnerstag von Justizminister Dermot Ahern in Dublin vorgestellt. Der Bericht befasst sich mit Missbrauchsvorwürfen von 320 Personen und bezieht sich auf den Zeitraum 1975 bis 2004. Demnach war das Ausmaß der Vergewaltigungsfälle und Pädophilie-Orgien sogar noch schlimmer als am Anfang vermutet. Die schwersten Misshandlungen fanden in den "industrial schools" des Ordens der Christian Brothers statt.

An der Entschädigungssumme von über 1 Mrd. Euro beteiligte sich die Kirche nur mit 128 Millionen und schützte sich damit gleichzeitig vor individuellen Wiedergutmachungsklagen. Überdies hatte die religiösen Orden jede Kooperation mit der Untersuchungskommission verweigert.

Selbst Diarmuid Martin, der seit 2004 Erzbischof von Dublin ist, zeigte sich schockiert wobei allerdings mehrere Würdenträger im nachhinein einräumten, von den Verbrechen gewusst zu haben ohne eingeschritten zu sein. Immerhin bekannte Martin:

„Ich denke an den Schrecken, den sie durchgemacht haben. Besonders denke ich an eine ganz bestimmte Gruppe, nämlich an diejenigen, die bis jetzt noch nicht fähig sind, ihre Geschichte selbst zu erzählen. In ihnen werden furchtbare Gefühle und Erinnerungen beim Lesen dieses Berichtes wach, Gefühle, mit denen sie noch nicht zu Recht kommen. Ich habe in den letzten Jahren viele, viele Opfer getroffen und konnte sehen, wie ihr Leben oder Teile ihres Lebens zerstört sind. Sie mussten mit dem furchtbaren Leid jahrelang leben. Es ist natürlich besser, wenn sie für sich selbst sprechen, aber ich kann mir auch vorstellen, dass für einige die Tatsache, dass jetzt die Wahrheit ans Licht kommt, sehr wichtig ist.“

Wie konnte die offizielle Kirche das alles über so viele Jahre hinweg dulden? Diese Frage bleibt für viele Opfer und für die Öffentlichkeit bestehen. Die Vorfälle waren bekannt, wurden aber nicht ernst genommen, stellt der Bericht der so genannten Murphy-Kommission fest. Ihr nach hat die Kirchenführung im Zeitraum 1975 bis 2004 systematisch Priester vor strafrechtlichen Konsequenzen geschützt. (Radio Vatikan, 27.11.09)

Kritiker meinten, die noch immer weithin unangetastete Stellung der Kirchen und ihrer „Würdenträger“ habe die Menschen unkritisch und später ängstlich werden lassen. Wäre die katholische Kirche als eine Organisation unter vielen wahrgenommen worden, hätte sich diese Verbrechen Serie nie in dieser Form ereignen können. Und auch jetzt sei noch längst nicht alles aufgeklärt. Schon zu Jahresbeginn hatte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Brady, Pläne zu weiteren Untersuchungen von Missbrauchsfällen begrüßt, die das Bistum Cloyne betrafen. Doch wurde damit nur die interne Untersuchungskommission bei der Dubliner Erzdiözese beauftragt, obwohl gerade

die katholische Kirche in Irland sich immer wieder Vorwürfen ausgesetzt sah, sie gehe nicht offen und kooperativ genug mit Fällen von Kindesmissbrauch durch katholische Geistliche und kirchlichen Angestellten um. Vor allem in der südlichen Diözese Cloyne gab es Vorwürfe, nach denen vier Missbrauchsfälle von kirchlichen Behörden nicht transparent genug behandelt worden seien. (Frankfurter Allgemeine, 9.1.09)

Mitte Mai zeigte sich Brady erneut „erschüttert“ über die Ergebnisse eines detaillierten Berichts einer unabhängigen Untersuchungskommission. Der Inhalt sei ein „beschämender Katalog von Grausamkeiten“. Dieser in Dublin veröffentlichte Bericht in fünf umfangreichen Bänden beschäftigt sich mit den erzieherischen Methoden in kirchlichen Kinderheimen zwischen 1930 und 1985. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass körperliche und seelische Misshandlungen und Vernachlässigungen an der Tagesordnung gewesen seien. Auch seien schon seit mindestens 1930 Tausende von Kindern, besonders in Einrichtungen für Jungen, sexuell missbraucht worden. Der Bericht dieser Untersuchungskommission hatte allein rund 2.500 Seiten und befasste sich mit mehr als 100 Einrichtungen in Irland. Er war das Ergebnis von neun Jahren Arbeit. „Insgesamt waren es 18 kirchliche Gemeinschaften, die die Verantwortung für Kinder in solchen Einrichtungen hatten; die Kommission hat sie genau unter die Lupe genommen“, sagt Schwester Mary Ann O`Connor vom irischen Verband der Ordensgemeinschaften. „Die Untersuchung ist sehr wichtig, weil sie uns zeigt, dass wir aus der Vergangenheit lernen müssen. Nur wenn wir diese Lektion lernen, können wir verletzlichen Menschen wirklich die Hilfe geben, die sie brauchen.“ (Anm. MIZ-Red.: Dieser letzte Satz wirkt für sich schon fast unverschämte und zeigt, wie wenig selbst die kirchlichen „Aufklärer“ gelernt haben. Wenn die Kinder von irgend einer Einrichtung keine Hilfe brauchen können, dann von der Institution, die für die Verbrechen verantwortlich ist.)

Im fraglichen Zeitraum befanden sich rund 35.000 Kinder in der Obhut von kirchlichen Erziehungsheimen, Schulen und anderen Betreuungseinrichtungen. Mehr als 2.000 hätten der Kommission von körperlichem und sexuellem Missbrauch berichtet. Viele der mutmaßlichen Täter seien bereits gestorben. Der Bericht spricht von einem Klima der Angst in den meisten der untersuchten Einrichtungen sowie von übertriebenen und willkürlichen Strafen.

„Wir sollten nicht verdrängen, welcher Schmerz hier verursacht wurde; wir nehmen das absolut wahr und entschuldigen uns dafür. Allerdings sollten wir auch nicht völlig vergessen, in welchen Zeiten und in welcher Art von Gesellschaft wir lebten. Vor 30, 40, 50 Jahren war doch alles ziemlich anders, als es heute ist...“, so Schwester Mary Ann O`Connor. (Anm. MIZ-Red.: Schon wieder ein schwerer Fauxpas. Es waren doch nicht „die Zeiten“, die anders waren, sondern die Menschen und vor allem die Kleriker.)

Der neue Londoner Erzbischof Nichols zog prompt harsche Kritik auf sich, als er im britischen Fernsehsender ITV den Tätern „Mut“ bescheinigt hatte, weil diese sich ihrer Vergangenheit gestellt hätten. Der Missbrauchsbericht dürfe die vielen guten Dinge in den Hintergrund treten lassen, die diese Menschen ebenfalls getan hätten, so der Vorsitzende der Bischofskonferenz. Kinderschutzverbände in Großbritannien reagierten entrüstet auf die Aussagen von Nichols. (reuters 21.5.09)

Als unbegreiflich und erschreckend wurde auch bewertet, dass bereits im Jahr 2000 durch eine TV-Dokumentation erstmals Teile des Skandals aufgedeckt wurden und die Missbräuche dennoch in den folgenden vier Jahren fast ungebrochen weitergingen.

Irlands Präsidentin Mary McAleese hat den Opfern des jahrzehntelangen Missbrauchs von Kindern in Einrichtungen der katholischen Kirche ihr Mitgefühl ausgesprochen. Die Wut der Opfer richtet sich aber auch gegen den (von der Kirche praktisch unterjochte) Staat, der tatenlos zugesehen habe. Bisher haben Staat und Kirche rund eine Milliarde als Entschädigung an über 12.000 Opfer gezahlt. An der Entschädigungssumme beteiligte sich die Kirche aber nur mit 128 Millionen und schützte sich damit gleichzeitig vor individuellen Wiedergutmachungsklagen. Überdies hatten die religiösen Orden jede Kooperation mit der Untersuchungskommission verweigert. (*TAZ*, 21.5.09; *Spiegel online*, 21.5.09; *Focus online*, 21.5.09)

Immerhin forderten irische Regierungsvertreter endlich jene katholischen Gemeinschaften, die für Missbrauch in Heimen und Internaten verantwortlich sind, zur Zahlung von Entschädigungen auf. Der irische Staat geht von 14.000 Personen aus, die als Kinder oder Jugendliche von Kirchenleuten missbraucht bzw. unterdrückt worden sind. Die verantwortlichen kirchlichen Gruppen sollten nun ihr Vermögen offenlegen und in neue Verhandlungen über Entschädigungen für die Betroffenen eintreten. Derweil hat von Spanien aus Kardinal Antonio Canizares, der neue Präfekt der vatikanischen Liturgiekongregation, in einem Fernsehinterview die Verbrechen heruntergespielt und für einen neuen Skandal gesorgt: „Das, was in einigen Schulen geschehen sein mag, ist nicht zu vergleichen mit den Millionen von Leben, die durch gezielte Schwangerschaftsabbrüche zerstört wurden.“

Heftige Kritik an den Worten des Kardinals fand die spanische Gesundheitsministerin Trinidad Jiménez. „Völlig unangebracht und unverantwortlich“ nannte sie dessen Äußerungen. Man könne den Missbrauch von Kindern nicht mit der Abtreibung vergleichen. Es seien zwei völlig verschiedene Dinge. (*TV 3*, 28.5.09; *Süddeutsche Zeitung*, 28.05.2009)

Nachtrag: Ein einziger Orden hat sich inzwischen zu einer Zahlung von 128 Mio. Euro verpflichtet. (*ap*, 5.12.09) Ein positives Zeichen, aber auch ein bemerkenswertes Eingeständnis, dass der Orden überhaupt so viel Geld hatte. Wie hatte er es im armen Irland wohl erworben?

Italien

I (3989) **Rom/Vatikanstadt.** Die Vatikanbank „Institut für die Werke der Religion“ (*IOR*) kommt nicht aus den Schlagzeilen heraus und zieht auch noch eine italienische Großbank ins Zwielficht. Erst kürzlich hatte der Papst durch eine Neubesetzung der Führungsspitze versucht, der Bank einen Neustart nach zahlreichen Fehlritten und Skandalen zu ermöglichen. Doch jetzt berichten mehrere italienische Zeitungen, dass Konten des *IOR* bei der italienischen Bank „Unicredit“ bei römischen Staatsanwälten Verdacht erregt hätten. Es gehe um "unklare Buchungen" auf diesen Konten in den letzten Jahren, die einen Umfang von fast zweihundert Millionen Euro haben sollen. Das Hauptaugenmerk liegt auf Einzahlungen, deren Herkunft unklar ist. Jährlich sollen über die Konten rund 60 Millionen Euro geflossen sein. Diese sollen über eine Unicredit-Filiale beim Vatikan auf „nicht transparente Weise“ umgebucht worden sein. Das *IOR* eröffnete die Konten im Jahr 2003 aber nicht etwa bei Unicredit, sondern bei der Banca di Roma.

Nicht zum ersten Mal wird das *IOR* mit derartigen Vorwürfen in Verbindung gebracht. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Geldwäsche-Skandale. Zurzeit gibt

es nach Aussage der Staatsanwaltschaft noch keine Anklage gegen bestimmte Personen.

Die Ermittler gingen neben dem Verdacht auf mögliche Geldwäsche auch dem Verdacht auf andere unsaubere Finanzgeschäfte nach. Ob auch eine Verwicklung in die weltweite Immobilienkrise besteht, bleibt unklar, denn der Vatikan schweigt zu den Berichten eisern. Die EU wünscht sich vom Vatikan hingegen sehr deutlich, dass er die EU-Normen gegen Geldwäsche und Geldfälschungen übernimmt. Der EU-Ministerrat beschloss erst am 26. November in Brüssel, in dieser Angelegenheit Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl aufzunehmen. Dabei soll es auch darum gehen, dass Euromünzen des Vatikans in den normalen Geldumlauf kommen und dass künftig der Europäische Gerichtshof als Schiedsinstanz für Streitfälle dienen soll. Die EU-Kommission hatte sich beschwert, Euro-Staaten könnten bei Verstößen gegen die Regeln für die gemeinsame Währung mit den üblichen EU-Sanktionen belegt werden. Bei Staaten wie dem Vatikan und San Marino bestünden gemäß den geltenden Abkommen dagegen bei Verstößen keinerlei Einflussmöglichkeiten. (*Il Giornale*, 24., 25. u. 26.11.09; *La Repubblica*, 20. u. 26.11.09; Rheinische Post, 26.11.09)

Anm. MIZ-Red.: Hier fragt sich aber schon, warum die EU dem Druck des Papstes und des italienischen Machthabers Berlusconi nachgegeben und dem Heiligen Stuhl das Recht auf Prägung eigener Euro-Münzen gewährt hat. Diese sind wegen ihrer geringen Zahl geradezu prädestiniert, durch künstliche Verknappung "sünd"teuer gemacht und dann mit hohem Gewinn abgestoßen zu werden. Damit hat die EU - gewollt oder ungewollt - den Vatikan-Haushalt kräftig subventioniert, wenn auch nicht auf Kosten der Steuerzahler, sondern der Münzsammler.

I (3990) **Bari**. Ende November hat die italienische Polizei in Apulien über einhundert mutmaßliche Mafiosi festgenommen. Unter den Festgenommenen sind auch Anwälte und mehrere Priester, so die italienische Nachrichtenagentur *Ansa*.

Die Ermittler sprachen von einem historischen Fahndungserfolg. Den Festgenommenen wird versuchter Mord, internationaler Drogenhandel, illegales Wetten, Schutzgelderpressung und Wucher zur Last gelegt. (*Spiegel online*, 1.12.09)

Russland

I (3991) **Moskau**. Verschiedene Oppositionsparteien wollen den Hinweis auf Gott aus der russischen Nationalhymne streichen. Den Gesetzesvorschlag dazu wurde bereits in der Duma eingebracht. Der Gottesbezug unterminiere die nationale Einheit und gebe ein falsches Bild von der multiethnischen und multireligiösen Gesellschaft in Russland, heißt die Begründung. Die Hymne geht auf eine Initiative des damaligen Präsidenten Vladimir Putin im Jahr 2000 zurück; er ist heute Regierungschef. Die Debatte über die Hymne taucht in Russland in regelmäßigen Abständen immer wieder auf; wer sie lostritt, will meist Putin treffen. Viele werfen Putin vor, das orthodoxe Christentum zu instrumentalisieren, um die nationale Einheit zu stärken. „Der Kommunismus hatte eine Ideologie“, schreibt etwa der oppositionelle Politiker Boris Nemtsov: „Putin hat nichts, und darum setzt er die Orthodoxie wie eine Ideologie ein.“ Für eine Beibehaltung des Gottesbezugs in der Hymne hat sich in diesen Tagen auch das orthodoxe Patriarchat von Moskau eingesetzt. Die Mehrheit des Volkes habe nun einmal „für diese Hymne gestimmt“, und es gebe überhaupt keinen Grund für Änderungen des Textes. Eine frühere Textfassung von 1944 hatte noch ein Lob auf den damaligen Diktator Josef Stalin enthalten, das 1953 aber

gestrichen wurde. Der neue Text der Hymne stammt aus dem Jahr 1977 und nennt Russland „heiliges Vaterland“, „von Gott beschützt“. (*asianews*, 25.11.09)

I (3992) **Moskau**. Russland plant eine „strategische Zusammenarbeit“ zwischen Staat und Kirche. Die Partnerschaft soll in einem Gesetz verankert werden. Das kündigten die russisch-orthodoxe Kirche und die Regierungspartei „Einiges Russland“ in Moskau gemeinsam an. Beide Seiten wollen künftig offen diskutieren, wo ihre gemeinsamen Werte liegen und welche Modernisierungsmaßnahmen vollzogen werden müssen. Die von Wladimir Putin geführte Partei „Einiges Russland“ hatte der Kirche bereits im vergangenen Juli ein Beratungsrecht bei Gesetzesprojekten zugestanden. Dem orthodoxen Moskauer Patriarchat sollten Gesetzentwürfe vorgelegt werden, um Missverständnisse auszuschließen, hieß es damals. (*KNA*, 2.12.09)

Welche Folgen dies für säkulare Gruppen und Einzelpersonen hat, bleibt offen. Aber am gleichen Tag teilte das orthodoxe Patriarchat von Moskau mit, dass es im Einsatz „gegen militanten Säkularismus“ den Schulterschluss mit Rom suche. Wörtlich schreibt Erzbischof Hilarion: „Die Prozesse, zu denen es derzeit in Europa kommt, erinnern in vielem an die Sowjetunion. Für die Religion ist der militante Säkularismus genauso gefährlich wie damals der militante Atheismus.“ (*asca*, 2.12.09)

Schweiz

I (3993) **Basel**. Der Präsident der Bischofskonferenz hat sich gegen islamische Symbole in Schweizer Klassenzimmern ausgesprochen. In der öffentlichen Institution Schule sollten nur Zeichen hängen, die der Kultur des Landes entsprächen, sagte Kurt Koch in einem Interview mit dem Schweizer Zeitungsverbund „Mittellandzeitung“ vom Samstag. Nach dem jüngsten Anti-Kruzifix-Urteil des Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte hatte sich der Basler Bischof besorgt über das Verbot von Kreuzen in italienischen Klassenzimmern geäußert. Die europäischen Richter hatten Anfang November der Klage einer Italienerin stattgegeben, nach der Kreuze in italienischen Klassenzimmern staatlicher Schulen gegen das Menschenrecht der Religionsfreiheit verstießen. In der Schweiz sind Kruzifixe in Klassenzimmern nicht verboten, müssen aber entfernt werden, wenn Einzelne dies verlangen. (*Berner Bund*, 23.11.09)

I (3994) **Bern**. Die landesweite Ablehnung von Minaretten (von denen es bisher in der ganzen Schweiz nur vier gibt) hat zu großer Bestürzung in gebildeteren Schichten, in der Wirtschaft (wegen der Exportchancen) und bei den Kirchen (wegen der jetzt möglichen Diskussion über Kirchtürme) geführt.

Das Nein zu Minaretten kam überraschend – und deutlich: 57 Prozent. Umfragen zuvor waren nur von 37 Prozent Zustimmung ausgegangen. Mehrheitlich abgelehnt wurde die Initiative nur in den Kantonen Basel-Stadt (wo die meisten Konfessionslosen leben), Genf, Neuenburg und Waadt.

Experten meinten vor allem, dass eine unbestimmte Fremdenangst vor allem der sonst Unpolitischen den Ausschlag gab. Zuvor hatte nur die Schweizer Volkspartei (SVP) für das Minarettverbot votiert, zumal mit der Errichtung der Türmchen an sich noch keine Beeinträchtigung einhergeht und Muslime bisher stets auf Gebetsrufe verzichtet hatten.

Das Ausland reagierte ebenso wie die Schweizer Regierung bestürzt, stellte aber immer wieder die Frage, ob ein solches Volksbegehren angesichts der auch in der Schweiz garantierten Religionsfreiheit überhaupt hätte zugelassen werden dürfen. (*Basler Nachrichten*, 30.11.09; *Neue Züricher Zeitung*, 30.11.09)

Spanien

I (3995) **Madrid**. Das neue Abtreibungsrecht, das die Regierung von Joseluis Zapatero durchsetzen will, hat die erste Abstimmung im Parlament erfolgreich passiert. Danach sollen Frauen künftig bis zur 14. Schwangerschaftswoche ein Recht auf Abtreibung haben. Unter bestimmten Bedingungen gilt diese Frist bis zur 22. Woche. Mädchen dürfen künftig – wenn das Gesetz alle Hürden nimmt – schon mit 16 abtreiben, auch ohne dass ihre Eltern auch nur davon erfahren, geschweige denn ihre Zustimmung geben. Allein dieser letzte Passus hatte öffentliche und kontroverse Diskussionen ausgelöst. Die spanische Bischofskonferenz protestierte schon deshalb, weil die Abstimmung erfolgte, während sie in Madrid ihre Vollversammlung abhielt. Die Oberhirten sprechen von einem „Anti-Gesetz“: Es werde zu einem „Recht“ erklärt, „das Leben von Ungeborenen anzugreifen“. Wörtlich heißt es im Statement der Bischöfe: „Niemand darf diesen Gesetzesvorschlag gutheißen oder für ihn stimmen. Katholiken, die das dennoch öffentlich tun, sind objektiv im Stand der Sünde und können, solange diese Lage weiterbesteht, nicht zur Kommunion zugelassen werden.“ (*Radio Vatikan*, 29.11.09)

I (3996) **Madrid**. Die Bildungskommission im spanischen Parlament hat einem Gesetzesantrag auf Entfernung von Kreuzen in Schulen stattgegeben. Der Kardinal von Madrid Antonio Maria Rouco Varela äußerte sich enttäuscht über den Beschluss. Der Antrag sei ein Affront gegen die spanische Geschichte und den Glauben des spanischen Volkes, so der Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz. Der Gesetzesvorstoß beruft sich auf das vor wenigen Wochen gefällte Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, nach dem Kreuze in italienischen Schulen gegen die Menschenrechte verstießen. (*Osservatore Romano*, 5.12.09)

Lateinamerika

Paraguay

I (3997) **Asuncion**. Präsident Fernando Lugo, ehemaliger Bischof der Diözese San Pedro, ist erneut mit einem Vaterschaftsskandal konfrontiert. Nun enthüllte seine eigene Familie, dass seine Nichte Fatima in Wirklichkeit seine Tochter sei. Der frisch angetraute Ehemann Fatimas habe vor kurzem eine gut bezahlte Stelle im Wasserkraftwerk Yacyretá erhalten. Anfang 2009 waren mehrere Affären des laisierten Bischofs mit jüngeren Frauen bekannt geworden. Die Vaterschaft eines Kindes, das er während seiner Zeit als Bischof gezeugt hat, gab er zu. Weitere zwei Vaterschaftsklagen stehen noch aus. (*Frankfurter Allgemeine*, 26.11.09)

Afrika

Sudan

I (3998) **Khartum**. Eine 16-jährige Nichtmuslimin hat in der Hauptstadt Khartum 50 Peitschenhiebe erhalten. Dazu hatte ein Gericht sie verurteilt. Ihre Schuld bestand darin, einen (angeblich) zu kurzen Rock getragen zu haben. Die junge Christin hatte keine Zeit, ihre Eltern zu benachrichtigen; die Strafe wurde gleich nach Verhaftung

und Schnellurteil vollstreckt. Im Sudan gilt seit Juni 1989 das islamische Recht der Scharia. (*apic*, 29.11.09)

Asien

Israel

I (3999) **Vatikanstadt**. Die Teilnahme eines rechtsextremen Sängers an einer Generalaudienz des Papstes sorgt für Proteste. Der kroatische Popsänger Marko Perkovic gibt auf seiner Homepage damit an, mit seiner Familie vom Pontifex empfangen worden zu sein. Da Perkovic als Unterstützer der faschistischen Ustascha-Bewegung gilt, sorgt die Nachricht weithin für Unbehagen: Der Direktor des Simon-Wiesenthal-Zentrums, Efraim Zuroff, ist nach Angaben des „Spiegel“ „erschüttert“. Perkovic, der von seinen Anhängern „Thompson“ genannt wird, wurde erst vor kurzem das Visum für die Schweiz verweigert; ein geplantes Konzert in Österreich wurde wegen starker Proteste abgesagt. Im Vatikan ist man verärgert über das Bekanntwerden der Angelegenheit. Vatikan-Sprecher Lombardi erklärt, der Papst kenne nicht alle Personen, die an seinen Audienzen teilnahmen. Gleichzeitig stellte er aber unter Beweis, dass dem Heiligen Stuhl bekannt war, wie der Sänger zum Jugoslawienkrieg eingestellt war: Gewalt befürwortend. Vor allem die israelische Bevölkerung reagierte darauf empört. (*Spiegel*, 16.11.09; *Radio Vatikan*, 21.11.09)

Japan

I (4000) **Tokio**. Mit einer abwertenden Bemerkung über das Christentum hat ein hochrangiger japanischer Politiker den Unmut der Kirchen auf sich gezogen, ansonsten aber viel Zustimmung erhalten.

Für Ichiro Ozawa, Generalsekretär der neuerdings regierenden Demokratischen Partei Japans, ist das Christentum eine „exklusive, selbstgerechte Religion“, wie die ökumenische Nachrichtenagentur ENI berichtet. Nach Ozawas Worten befindet sich die auf den Christentum gründende westliche Gesellschaft in einer Sackgasse. Der Islam sei ebenfalls „cliquenhaft“, aber nicht so sehr wie das Christentum. Hingegen lehre der Buddhismus, wie Menschen leben sollten. Die Konföderation Christlicher Kirchen Japans forderte Ozawa in einem Protestbrief auf, seine Äußerungen zurückzuziehen. In dem Bund sind katholische, anglikanische und protestantische Kirchen vereint, doch sie vertreten nur etwa 1,5 Prozent der Bevölkerung. Unter Spitzenpolitikern sind Christen jedoch keine Seltenheit. So ist der seit dem 16. September amtierende Premierminister Yukio Hatoyama Baptist. Sein Vorgänger Taro Aso war Katholik.

Von den 127 Millionen Einwohnern Japans sind jeweils etwa 70 Prozent Buddhisten und Shintoisten, unter denen es zahlreiche Doppelmitgliedschaften gibt. Die Mehrzahl sind jedoch praktizierende Agnostiker, von denen sich die Anhänger der monotheistischen Minderheiten deutlich abheben. (*ENI*, 24. u. 28.11.09)

Ozeanien

Australien

I (4001) **Canberra**. Die Regierung hat sich bei Zehntausenden von ehemaligen Heimkindern für vielfache Misshandlungen entschuldigt. Die Opfer waren zwischen 1930 und 1970 als Kinder in australischen Heimen – meist unter kirchlicher Leitung - physisch und emotional gequält worden. Bei den meisten Opfern handelte es sich um Kinder aus armen englischen Familien, die nach Trennung von ihren Familien von England und Malta aus nach Australien verschifft und auf australischen Farmen ausgebeutet wurden. Viele von ihnen wurden auch sexuell misshandelt. Schätzungen gehen von 7.000 bis 10.000 solcher Fälle aus. Die australischen Bischöfe erneuerten die von der Kirche 1997 ausgesprochene Entschuldigung bei Opfern, die in kirchlichen Einrichtungen oder von Kirchenvertretern missbraucht worden waren. Von Entschädigungszahlungen war jedoch im ganzen Artikel nie die Rede. (*apic*, 23.11.09)

